

**Antrag 192/II/2019 SPDqueer Berlin
Für geschlechtliche Selbstbestimmung!**

Beschluss: Annahme

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich im folgenden Sinne einzusetzen:

Die Personenstandsänderung erfolgt nicht durch eine externe Begutachtung und einen richterlichen Beschluss, sondern durch die Selbstbestimmung der entsprechenden Person. Der Vornamens- und Geschlechtswechsel vollzieht sich durch die Abgabe einer Erklärung beim Standesamt. Die betreffende Person hat im Vorfeld die Pflicht, an einer kostenlosen Beratung zum Thema Geschlechtsidentität, Vornamens- und Personenstandswechsel teilzunehmen.

Überweisen an

Bundesparteitag 2021, Landesgruppe

Stellungnahme(n)

Beschluss des BPT 2021: erledigt durch Zukunftsprogramm